

Elternbeiräte appellieren an Mappus

10.03.2011 Von Armin Fechter

Ministerpräsident soll die Landkreise bei der Schülerbeförderung wieder mit höheren Zuschüssen unterstützen

Die Elternbeiräte im Kreis verstärken ihren Druck wegen der Schülerbeförderungskosten. Jetzt wandten sie sich auch mit einem Schreiben an Ministerpräsident Stefan Mappus, um die finanziellen Auswirkungen zu verdeutlichen.

BACKNANG/MURRHARDT (inf). In ihrem Brief blenden die Eltern vom Arbeitskreis Schülerbeförderung zunächst in die Siebzigerjahre zurück. Damals wurden viele kleine Grundschulen geschlossen. Zugleich bekamen sie – so die Sprecher des Arbeitskreises – die Zusage der Landesregierung, die Beförderungskosten würden übernommen. Die Landesregierung habe sich jedoch in den folgenden Jahren nach und nach aus den Zahlungen zurückgenommen und dem Kreis die Lasten aufgebürdet. Dessen Zuschüsse reichen bei Weitem nicht aus, die Kosten annähernd zu decken.

Mit dem Kreistagsbeschluss vom 15. November wurden im Rems-Murr-Kreis die Elternanteile für die Schülertickets von 15€ auf 36,25 Euro erhöht. Das zweite Grundschulkind wurde von der Befreiung herausgenommen. Dies entspricht für die betroffenen Eltern einer Erhöhung bei einem Grundschulkind um etwa 140 Prozent, bei zwei Grundschulkindern sogar um knapp 400 Prozent. Die Schüleranzahl für Schulbusse im ländlichen Raum sollte von drei auf vier Kinder pro Haltestelle erhöht werden. Zudem besteht dort oft keine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Die Schulbusse in kleinen Orten fahren von den Orten direkt die Schulen an. Die Kinder seien gezwungen, klagen die Eltern, ein School-Abo inklusive Netzkarte zu nehmen, das sie in ihrem Alter und wegen fehlender Verbindungen niemals nutzen können. Überdies würden viele Orte bei der Erhöhung auf vier Kinder nicht mehr angefahren.

Nach Bekanntwerden des Kreistagsbeschlusses haben sich betroffene Eltern, Elternvertreter und Gesamtelternbeiräte zum Arbeitskreis Schülerbeförderung zusammengeschlossen, um sich an alle zuständigen Stellen zu wenden und auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dies hat bewirkt, dass der Kreis seinen Beschluss zurücknimmt und eine Erhöhung in Etappen vorgeschlagen wurde. Doch damit wird die Erhöhung in den Augen der Betroffenen nur auf nächstes Jahr verschoben – dies sei für die Eltern absolut unzumutbar. Der Arbeitskreis ist mit den einzelnen Fraktionen im Gespräch und versucht mit ihnen eine Lösung zu finden, die „einigermaßen akzeptabel“ ist. Des Weiteren hat er zum VVS Kontakt aufgenommen, um auch dort einen Sinneswandel zu bewirken.

An den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg richten die Eltern die Bitte, bezüglich der Landeszuschüsse auf die Verantwortung des Landes zurückzukommen und den Kreis mit höheren Zuschüssen zu unterstützen. „Die Eltern in unserem Kreis sind empört darüber, dass sie jetzt selber den größten Teil der Kosten übernehmen müssen und die finanzielle Misere des Kreises auf sie abgeladen wird“, heißt es in dem Schreiben.

Die Elternvertreter richten weiter den folgenden Appell an Mappus: „Sie preisen das Kinderland Baden-Württemberg an. Viele Eltern stehen mit dem Rücken zur Wand, und es ist durchaus nachvollziehbar, dass die Geburtenzahl sinkt. Bitte tun Sie ihr Möglichstes, dem Slogan gerecht zu werden, dass Baden-Württemberg ein Kinderland wird.“

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/227151>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten
